Bieler Manifest (Fortsetzung und Schluss) : die Armee ist bereit zu innenpolitischen Einsätzen ; Die Armee erzieht zur Unmündigkeit ; Auch die Schweiz besitzt einen militärisch-industriellen Komplex ; Die Waffenausfuhrpolitik wird allein von militärisch...

Autor(en): **Arbeitskreis Kritische Kirche**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **66 (1972)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142048

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

terne Probleme diskutiern, aber — hier setzt die Vernunft ein — nicht endlos diskutieren. Die Grenze ist dort überschritten, wo ein bedeutender Teil der Energie nur noch dazu verwendet wird, innere Bereinigungen vorzunehmen, wo die Gruppendynamik und die Strategiediskussionen aus dogmatischem Purismus zur Selbstzerfleischung führen. **Aktion schließt die Bereitschaft mit ein, mit internen Widersprüchen zu leben!**

Aktion gegen außen verbindet die Gruppe und verhindert eine Verschleuderung von Energie durch endlose interne Debatten. Politische Aktion wirkt sozusagen prophylaktisch und therapeutisch zugleich, was die Gruppenprobleme betrifft. Denn wer sich nur halbwegs nach außen umsieht, dem wird sehr bald bewußt, daß ihn sehr viel mehr mit seiner Gruppe verbindet als mit dieser bürgerlichen Gesellschaft.

Arbeitskreis Kritische Kirche:

Bieler Manifest

(Fortsetzung und Schluß)

Die Armee ist bereit zu innenpolitischen Einsätzen

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Armee seit 1848 in zahlreichen Fällen in Streiksituationen gegen Arbeiter eingesetzt wurde. Die Rolle der Armee während des Generalstreiks 1918 wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Historikern (Gautschi, Schmid-Ammann, Mattmüller usw.) untersucht, und es kann kaum bestritten werden, daß sie damals als Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der legitimen Interessen der Arbeiter diente. 1932 wurde die Armee in Genf gegen demonstrierende Arbeiter eingesetzt (13 Tote, 60 Verletzte). 1968 wurden Truppenteile mit scharfer Munition ausgerüstet und für den innenpolitischen Einsatz im Jura auf Pikett gestellt. Seit 1860 wurde die Armee über dreißigmal bei Arbeiterunruhen auf Pikett gestellt oder eingesetzt (Red. NW) . . .

Auch heute besteht die Möglichkeit,daß die Armee als Instrument zur Unterdrückung demokratischer spontaner Massenaktionen von Arbeitern, Jugendlichen oder Mietern, die die Verwirklichung sozialer Rechte bezwecken, eingesetzt werden kann.

Die Armee erzieht zur Unmündigkeit

«Die Armee ist eine Schule der Nation.» «Erst ein Soldat ist ein voller Mann.» Diese geläufigen Schlagworte betrachten die Institution Armee als Erzieherin höherer Ordnung. Gehorsam, Treue, Pflichterfüllung und Opferbereitschaft werden im Militär anerzogen. Der Vorgesetzte lernt mit den Leuten «umgehen», «sich durchsetzen» und «einen klaren Befehl erteilen». . . .

Wer im Militär und im Zivil einen niedrigen Rang einnimmt, wird beiderseits diszipliniert. Nur kann er in der Armee den Platz nicht wechseln. Unterwürfigkeit und Untertänigkeit werden ihm im Militär besonders anerzogen. Vorgesetzte lernt er kraft ihres Grades achten. «Befehl ist Befehl.» Hinterfragen und Widersprechen sind nichts für den Befehlsempfänger. Befehlsverweigerung bringt Strafe mit sich. Der Vorgesetzte hat immer recht, selbst wenn er unrecht hat. Zusammenhänge werden nicht gezeigt. Die Sinnfrage kann also nicht existieren. . . . Gefügige Soldaten sind gefügige Arbeiter und gefügige Bürger.

Die Ideologie des Bürgertums fordert nun aber paradoxerweise verantwortliche Bürger. . . . Befehlsstrukturen sind a priori unverantwortlich, weil nicht hinterfragbar; dann wiederum können aus ihnen keine verantwortlichen Menschen hervorgehen.

Dieser gesellschaftliche Widerspruch kann so nicht aufgelöst werden. Demokratie kann so nicht entstehen und Frieden so nicht hergestellt werden. . . .

Auch die Schweiz besitzt einen militärisch-industriellen Komplex

Die Rüstungsbeschaffung der Armee wird immer komplizierter, die Evaluationsverfahren erfordern immer mehr technische Kenntnisse, die nur noch von wenigen Spezialisten beherrscht werden. Für die politischen Instanzen, die die Verantwortung für die Rüstungsprogramme zu tragen haben, wird die Transparenz und Kontrolle des Entscheidungsprozesses immer schwieriger. Ein kleiner Kreis von technisch gebildeten Militärs, hohen Offizieren und Ingenieuren in der Rüstungsindustrie definiert faktisch das «Feindbild», die Kriegsmaterialbedürfnisse und mithin die Rüstungskäufe. . . .

Es sind verschiedene Fälle von Übertritten hoher Militärs in die Rüstungsindustrie und umgekehrt bekannt. Verschiedene wichtige Kommissionen, die sich mit der Rüstungsmaterialbeschaffung befassen, bestehen mehrheitlich aus Vertretern der interessierten Industrie. In der Rüstungskommission des EMD sind sechs von acht Mitgliedern Vertreter der Privatwirtschaft. In der Kommission für militärische Fernmeldetechnik und Elektronik stammen acht von dreizehn Mitgliedern aus der schweizerischen elektrotechnischen Industrie (sechs Direktoren, ein Verwaltungsrat und ein Prokurist). In der neunköpfigen Fliegerabwehrkommission sitzen fünf Direktoren und Vizedirektoren.

Die verschiedenen Skandale um die Rüstungsbeschaffung der letzten Jahre (Mirage-Affäre, Florida-Affäre, Corsair-Debakel usw.) sind nicht lediglich Betriebsunfälle, sondern die Folge von Entscheidungsstrukturen, die dem demokratischen Prozeß weitgehend entzogen sind.

Die Waffenausfuhrpolitik wird allein von militärischen Interessen bestimmt

Waffenausfuhr, insbesondere nach Staaten der Dritten Welt, wider-

spricht den Bemühungen um Entwicklung und Frieden. Sie fördert die Möglichkeit, Spannungen und Konflikte auf kriegerische Art auszutragen und Waffen zur Unterdrückung menschlicher Rechte zu benützen. Die Schweiz steht (gemessen am Bruttosozialprodukt) in der Spitzengruppe jener Industrieländer, die Waffen nach Entwicklungsländern exportieren, sie steht sogar vor den beiden Großmächten Sowjetunion und Amerika. . . .

Die Tatsache, daß die Bearbeitung der Waffenausfuhrverbots-Initiative dem Eidgenössischen Militärdepartement zur Bearbeitung übergeben wurde, widerspiegelt die Priorität militärischen Denkens; denn es widerspricht den Intentionen der Initianten, die die Frage vor allem in ethischer und außenpolitischer Hinsicht beurteilt wissen möchten. Alle Argumente der Befürworter werden mit rüstungspolitischen Gegenargumenten beantwortet. Die Folgen für die schweizerische Rüstungsindustrie zum Beispiel werden dramatisiert. In Tat und Wahrheit exportiert die Schweiz nur 29 Prozent der gesamten Produktion an spezifischem Kriegsmaterial (Bericht des Bundesrates über die Waffenausfuhr vom 7. Juni 1971, S. 29) und die Waffenexporte betragen nur 0,8 Prozent der gesamten schweizerischen Ausfuhr (wobei die schweizerische Exportindustrie erst noch dauernd überbeansprucht ist).

Die Zusammensetzung der sogenannten Expertenkommission zur Waffenausfuhr (Kommission Weber) wurde sehr einseitig vorgenommen: Kein einziger Kritiker der Waffenausfuhr wurde beigezogen, von sozialdemokratischer Seite nur Vertreter, deren Haltung zum voraus klar war. . . .

Die Geheimhaltung ist undemokratisch

. . . Geheimhaltungsvorschriften haben eine höchst kommerzielle Seite: Sie dienen dazu, die Transparenz gewisser Vereinbarungen, der Liefer- und Kaufbedingungen und insbesondere der Unternehmergewinne zu erschweren. . . . Wir achten die Haltung jener Leute, die die Geheimhaltungspflicht nicht für absolut halten, wenn sie dies nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine solche Haltung im Interesse der Allgemeinheit liegt (Mirage, Florida usw.).

Das Militärsystem duldet keine grundsätzliche Kritik

Die Abweisung von Nationalrat Arthur Villard als Mitglied der Militärkommission des Nationalrates und die gezielte vorgängige Diffamierungskampagne zeigen, daß eine kompakte Gruppe nicht bereit ist, Kritiker an die wichtigen Stellen der Entscheidungsbildung zuzulassen. Sicher hätte eine neunköpfige Kommission, die im übrigen ausschließlich aus Militärbefürwortern besteht, eine Gegenstimme kaum zu befürchten. Aber man ist nicht bereit, eine grundsätzliche Gegenposition zuzulassen. Die machtausübende Gruppe hat dabei gezeigt, daß sie sich sehr bald

einer «doppelten Legalität» und «doppelten Legitimität» bedient, wenn die Kritik grundsätzlich wird. Was wir brauchen, ist nicht nur eine Kritik, die innerhalb des Systems auf Perfektionierung abzielt, sondern eine solche, die grundsätzliche und festgefügte Anschauungen in Frage stellt.

Wir möchten betonen, daß gerade die Geschäfte des Militärdepartementes eine gründliche Kontrolle benötigen. Die Militärkommission als kontrollierende Instanz sollte nicht nur aus Ja-Sagern bestehen. Gerade auch die Kritiker der offiziellen Verteidigungsdoktrin müssen Einblick in die Entscheidungsverfahren erhalten, weil nur so die Formulierung einer Gegenposition möglich wird.

Unsere Landesverteidigungkonzeption ruft nach Alternativen

Die Konzeption unserer Landesverteidigung ist einseitig auf die militärische Abwehr ausgerichtet. Die sogenannte Gesamtverteidigung bringt nur eine Durchmilitarisierung des zivilen Lebens. . . .

Friede ist als Zukunft vorzustellen, einzuüben, vorzubereiten und zu realisieren. Eine unabhängige schweizerische Konflikts- und Friedensforschung hat in den nächsten Jahren die politischen und militärischen Funktionen der Armee zu erforschen und gleichzeitig mögliche Alternativkonzepte zur rein militärischen Verteidigung zu entwerfen. Allerdings muß dieses Institut von militärischen, wirtschaftlichen und staatlichen Instanzen sowohl in personeller wie auch in finanzieller Hinsicht unabhängig sein. . . .

Der Arbeitskreis ist der Meinung, daß es heute möglich wäre, eine gewisse Reduktion der Militärausgaben in Kauf zu nehmen. Wir verbrauchen einen bedeutenden Teil unserer Ressourcen für militärische Anstrengungen zum Zwecke des Überlebens, dabei vergessen wir, daß unser Überleben von ganz anderer Seite bedroht ist. Die systematische Zerstörung der Umwelt und die sozialen Probleme stellen heute die gefährlichste Bedrohung dar. . . .

Eine echte Alternative zum Militärdienst ist erforderlich

Der Zivildienst ist ein Friedensdienst. Der Militärdienst dagegen ist ein Kriegsdienst. Es verstößt gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit, alle Schweizer für den Krieg mobilisieren und präparieren zu wollen. Wer Friedenspolitik betreiben will, kann nicht den Krieg vorbereiten. Gegen diese Logik und humane Intention kann nicht ernsthaft gestritten werden. Ihr soll eine gesellschaftliche Praxis folgen können. Ein Zivildienst als Friedensdienst, Friedenserziehung und Friedensvorbereitung muß in unserem Staat die Alternative zum Militärdienst werden. Zwischen Zivildienst und Militärdienst soll frei gewählt werden können. Kann Militärdienst aus Gewissensgründen geleistet werden, so erst recht Zivildienst. Die Armee will den Feind von unserem Land fernhalten. Der Zivildienst will die Welt so gestalten, daß Länder einander nicht mehr zu Feinden

stempeln und in den Ländern selbst die Gegensätze verschwinden. Der Zivildienst ist ein Dienst auf lange Sicht. Er ist eine gesellschaftliche Praxis, welche den Frieden einübt. Die Armee denkt nicht an eine Friedenszukunft, sondern an ihren Entwicklungsstand in der Zukunft. Sie ist in dem Sinne kein Friedensinstrument.

Viele junge Menschen wollen aber heute aktive Friedensstifter werden und selbst Frieden einüben lernen. Sie wollen wohl Zivildienst, nicht aber Militärdienst leisten. Ihr Friedenswille muß vom Staate gefördert werden, indem er sie zwischen den beiden Diensten frei wählen läßt. Ein Dienst an der Gemeinschaft als ziviler Friedensdienst ist eine Forderung, der gegenüber sich Christen nicht verschließen können. Die 32 Pfarrer im Welschland sind auf diesem Hintergrund zu beurteilen.

Die Polarisierung schreitet voran

Die militärischen und politischen Instanzen hätten es in der Hand, durch tiefgreifende Reformen der Institution Armee und durch die Schaffung eines alternativen Zivildienstes, die zunehmende Polarisierung zu vermeiden. Wenn sie aber mit der bisherigen Verteufelungsstrategie gegen die Kritiker vorgehen, werden sie mehr und mehr die politischen Aktivitäten in die Anonymität und in den Untergrund verdrängen. Wir fragen uns ernsthaft, ob sie noch die Fähigkeit besitzen, endlich zu erkennen, daß die Jugend, besonders die politisch bewußte Jugend, ihnen davonläuft und daß jeder Gegenschlag ihnen neue Gegner schafft.

Jede neue undemokratische Reformverhinderung des militärisch-industriellen Establishments stärkt bei den Armeekritikern, die legitime und wünschbare Zielsetzungen vorweisen, die Überzeugung, daß im Rahmen der bestehenden Legalität nichts zu erreichen ist. Dieser Gesichtspunkt verleiht spektakulären Aktionen, wie der kollektiven Dienstverweigerung, ihren ernsten Hintergrund.

...

Konkrete Postulate

Wir können und wollen nicht fertige Rezepte für die Reformen bieten. Wir wollen uns auch nicht vagen Illusionen hingeben und glauben, mit einer Reform der Armee seien alle wesentlichen Probleme unserer Gesellschaft, insbesondere die ungleichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, aus der Welt geschafft. Wir postulieren aber hier einige vordringliche Maßnahmen, die wir sachlich für realisierbar halten, ohne daß der Verteidigungsbereitschaft gegen außen Abbruch getan würde:

— Abschaffung der Sektion «Heer und Haus» und der geistigen Landesverteidigung in der Armee und in sämtlichen staatlichen Institutionen.

— Einstellung der staatlichen Unterstützung von Militärvereinen, welche politische Aktivitäten ausüben, wie SAD, Offiziersgesellschaften usw.

— Gesetzliche Regelungen, welche den Einsatz bewaffneter Truppen im Innern verbieten.

— Systematische Entflechtung des militärisch-industriellen Komplexes, zum Beispiel durch zeitlich begrenzte Übertrittsverbote von Militärs in die Rüstungsindustrie, analog dem obligationenrechtlichen Konkurrenzverbot (während der Sperrzeit erfolgt die Lohnauszahlung weiter). Aufhebung der gemischten staatlich-privatwirtschaftlichen Kommissionen, die sich mit Rüstung befassen.

— Abschaffung der Geheimhaltungspflicht bei der Rüstungsbeschaffung.

— Das EMD ist im Begriff, sich zum gefährlichen Staat im Staate zu entwickeln. Die Leitung und einzelne Spitzenfunktionäre im EMD nehmen eine derart rechtsextreme Position ein, daß sie ausgewechselt werden müssen.

— Der Sozialdemokratischen Partei oder anderen politischen Gruppierungen empfehlen wir, ab sofort eine Stelle zu errichten, bei der Wehrmänner Klagen über rechtsextreme Ausfälle und Vorträge in der Armee, über politisch orientierte Übungen usw. einreichen können. Diese Instanz sammelt systematisch alle diesbezüglichen Informationen und erarbeitet zuhanden der Partei Vorschläge für politische Interventionen.

— Ein Zivildienst, als eine echte, nicht diskriminierende Alternative zum Militärdienst, die für jeden, ungeachtet seiner Motive, wählbar ist, scheint uns eine vordringliche Aufgabe der politischen Instanzen.

— Das geplante schweizerische Friedensforschungsinstitut muß finanziell und personell völlig unabhängig werden und darf nicht in den Dienst der militärischen Planung gestellt werden.

Appell an die Kirchen

Wir sind enttäuscht über die rasche, pauschale Reaktion verschiedener Kirchenbehörden (z. B. Evangelischer Kirchenbund, Bernischer Synodalrat) gegenüber den 32 militärdienstverweigernden Kollegen. Einmal mehr läßt man sich von der öffentlichen Meinung beeindrucken und schielt nach der Gunst des Publikums oder der druckausübenden Kreise. Einmal mehr heult man mit den Wölfen. Wir rufen dagegen alle Pfarrer und Laien und besonders die verantwortlichen Kirchenbehörden auf, sachlich zu prüfen, welche Ursachen und Motive sie zu ihrem Entschluß bewegten. . . .

Wir sind der Meinung, daß die Kirchenbehörde sich nicht nur an die Seite derjenigen Wehrmänner zu stellen hat, die als bewußte Glieder der Kirche Militärdienst leisten, sondern ebenso an die Seite derer, die als Christen diesen Dienst verweigern. Evangelisches Verhalten erfordert, daß die Kirche den Gewissensentscheid beider akzeptiert. Vor allem aber müssen die Kirchen sich in der Verkündigung um die Entmilitarisierung des Denkens bemühen und darauf hinweisen, daß Frieden nicht

etwas statisches ist, nicht gleichgesetzt werden darf mit einem Burgfrieden in der Gesellschaft. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Dabei müssen sie sich bewußt sein, daß sie noch zahlreiche Diffamierungen und Angriffe in Kauf zu nehmen haben, sobald sie eine wirksame Friedenspolitik betreiben, die aktiv in die festgefügten Machtstrukturen eingreift.

Wir fordern die Kirchen auf, dem Schweizerischen Friedensrat beizutreten und dort aktiv mitzuarbeiten. Man kann nicht dauernd von Frieden sprechen, ohne dafür etwas zu tun.

Appell an die Massenmedien

Alle verantwortlichen Redaktoren und Journalisten möchten wir dringend aufrufen, sich mit mehr Verständnis für die echten und ehrlichen Anliegen der Armeekritiker zu interessieren. Insbesondere bitten wir sie um Zurückhaltung bei der Übernahme von Artikeln, die den Kalten Krieg reaktivieren. Artikel von Public-Relations-Agenturen im Dienste der Rüstungsindustrie, wie dem Büro Farner, sollten grundsätzlich nicht mehr in der freien Presse aufgenommen werden, selbst wenn sie gratis zur Verfügung gestellt werden.

UNCTAD: Neue Anläufe nötig

Die große, seit dem 13. April in Santiago de Chile tagende Weltkonferenz über Handel und Entwicklung (Unctad III) ist zu Ende. Die genauen Ergebnisse lassen sich aber wohl erst in einiger Zeit analysieren, da die Nachrichten über diese Konferenz, die immerhin das wichtigste Problem unserer Zeit umfaßte, um vieles spärlicher und langsamer fließen als etwa die Nachrichten über einen Mondflug oder über den Vietnamkrieg.

Schon heute wird jedoch von Beobachtern als Tatsache festgestellt, daß die dritte Unctad-Konferenz nicht den erhofften, neuen großen Anlauf zur Bewältigung des Entwicklungsproblems gebracht hat. Die Schuld am Ausbleiben dieses Erfolgs wird verschieden gewertet: die einen geben den Entwicklungsländern, die andern den Industrieländern die Schuld. Die seriösesten Konferenz-Beobachter bemerken jedoch, daß sich diese Unctad-Konferenz durch eine erstaunliche Einigkeit der Entwicklungsländer auszeichnete, obwohl die Industrieländer immer wieder nach Spaltungen suchten und Randprobleme zu Spaltungsversuchen aufbauschten, und daß sich die Industrieländer an der Konferenz vor allem durch ein großes Jammern über ihre eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten hervortaten und sich in einem Punkte eins waren: nicht zuviel hergeben zu müssen.